

# Pressemitteilung

## Am Flächenverbrauch ist nicht die Kompensationsverordnung schuld !

Seit Jahren betrachtet der BUND Naturschutz den Flächenverbrauch im Freistaat mit Sorge. Rund 13 Hektar unbebauter Fläche werden in Bayern derzeit täglich „verbraucht“. Das entspricht einer Fläche von 18 Fußballfeldern nach FIFA-Standard. Rund die Hälfte davon wurde für Siedlungszwecke genutzt, ein Viertel für Straßen- und Verkehrswege sowie ein weiteres Viertel für Gewerbe- und Industrieflächen. Wohn- und Gewerbegebiete schießen wie Pilze aus dem Boden. Der Flächenfraß in Bayern ist eines der größten regionalen Umweltprobleme unserer Zeit – und wird von Vielen kaum wahrgenommen. Das bayerische Landschaftsbild ist allseits geschätzt, das wissen nicht nur die Bewohner, sondern auch die zahlreichen Touristen. Durch Landschaftszerschneidung gerät die Artenvielfalt weiter unter Druck, Tieren und Pflanzen fehlt nicht nur die Fläche selbst, sondern auch die Vernetzung der Lebensräume zum Austausch ihres Genpools. Und nicht zuletzt werden durch Erschließung fruchtbare Bodenressourcen vernichtet.

Kritisch sieht der BUND Naturschutz jedoch die Aussage des Pressesprechers in der Münchener Bauernverbands-Zentrale, Markus Peters, hinsichtlich der Kompensationsmaßnahmen, die als Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft in den §§14 und 15 des Bundesnaturschutzgesetzes ihre Rechtsgrundlage haben. Peters sieht darin das eigentliche Übel, denn damit wird den Bauern ein zweites Mal „der Boden unter den Füßen weggezogen“. Dabei ist es eine Tatsache, dass von den notwendigen und ausgewiesenen Ausgleichsmaßnahmen nur ein Bruchteil umgesetzt wird. Dies geht auch aus einem Bericht von Arne Wilsdorff hervor, der aus einer Sitzung des Umweltausschusses vom 01.03.2018 berichtet (Quelle: <https://www.br.de/nachricht/lasche-umsetzung-bei-oekologischen-ausgleichsflaechen-100.html>). Darin beschrieb ein Vertreter des Umweltministeriums die Umsetzung mit „Administrative Mängel“ und „Vollzugsdefizite“. Und auch der Umweltausschuss-Vize Dr. Otto Hünnerkopf (CSU) meinte: „Das Ergebnis ist ernüchternd und enttäuschend.“ und „dass wir das weiter so lasch handhaben“, dafür habe er kein Verständnis. Anton Kreitmeier (CSU) forderte sogar hohe Straf gelder für nicht eingerichtete Ausgleichsflächen und nimmt die Bürgermeister und Gemeinderäte in Mithaftung, da diese alle Bescheid wüssten. Denn diese Maßnahmen sind tatsächlich notwendig, um dem zunehmenden Artenschwund entgegenzuwirken.

In seinen Stellungnahmen als Träger Öffentlicher Belange spricht sich der BN stets dafür aus, wertvolle Ackerflächen zu erhalten (keine Gewerbegebiete = keine Ausgleichsflächen), die Innenentwicklung zu fördern, Umnutzungen vorzunehmen usw. Die Naturschützer haben also durchaus in diesem Fall dieselben Interessen und gemeinsam ließe sich hier sicherlich auch mehr bewegen.

Marktheidenfeld,  
05.09.2018

PM der BN Kreisgruppe  
Main-Spessart

Südring 2  
97828 Marktheidenfeld  
Tel./Fax: 09391-8892  
Email: [bn-msp@t-online.de](mailto:bn-msp@t-online.de)

[www.main-spessart.bund-naturschutz.de](http://www.main-spessart.bund-naturschutz.de)

Wir sind ausgezeichnet mit  
dem Qualitätssiegel  
Umweltbildung.Bayern



**Unser Umweltbildungsprojekt 2018**

Klima.Natur.Mensch



Bankverbindung:  
Sparkasse  
Mainfranken-Würzburg  
**IBAN**  
DE78 7905 0000 0240 4428 22  
**BIC**  
BYLADEM1SWU